

CLIMATE ACTION

VOM
WISSEN
ZUM
HANDELN



Das lange Ringen

Ein kurzer Abriss des (nicht wirklich erfolgreichen) Zusammenspiels von Forschung und Politik bei der Bekämpfung des Klimawandels

von Birgit Blättel-Mink

Schon früh im 19. Jahrhundert wurde der Treibhauseffekt entdeckt. Doch bis sich die Menschheit ihres Einflusses auf das globale Klima bewusst wurde, hat es noch viele Jahrzehnte gedauert. Ein Rückblick auf das zähe Ringen darum, aus wissenschaftlichen Erkenntnissen die richtigen politischen Schritte abzuleiten.

Der Treibhauseffekt wurde im Jahr 1824 entdeckt. Doch erst gegen Ende der 1950er Jahre konnte aufgrund verbesserter Messmethoden und einer breiteren Datenbasis die klimaerwärmende Wirkung der stetig ansteigenden Konzentration von Kohlenstoffdioxid (CO₂) in der Erdatmosphäre quantifiziert werden. Die Veröffentlichung »Limits of Growth« des Club of Rome sorgte 1972 für globale Aufmerksamkeit. Im Anschluss wuchs der Konsens darüber, dass die zunehmende Konzentration von CO₂ zur Erderwärmung führen wird. »In den 1990er Jahren bildete sich durch weiterentwickelte Computermodelle und ein tieferes Verständnis der Kaltzeiten folgender Konsens heraus: Treibhausgase spielen beim Klimawandel eine große Rolle, und durch den Menschen verursachte Emissionen sind für die laufende *globale Erwärmung* hauptverantwortlich.« (Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Forschungsgeschichte_des_Klimawandels)

IPCC bündelt weltweite Erkenntnisse

Die Erkenntnis, dass der Klimawandel zur Erderwärmung führt mit fatalen Folgen für das Leben auf der Erde, ist auch der Politik zu verdanken, ist sie doch das Ergebnis der politisch geförderten Klima- und Erdsystemforschung. Die Teilnehmer der ersten Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen im Jahr 1979 haben

das Weltklimaforschungsprogramm initiiert. Im Jahre 1988 dann wurde das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) durch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) eingerichtet. Die Hauptaufgaben des IPCC, das selbst keine eigene Forschung betreibt, sondern internationale Forschungsergebnisse auswertet, ist die Bereitstellung von Informationen über den Klimawandel, über dessen Risiken und Folgen sowie über Anpassungsmöglichkeiten und Wege zur Vermeidung gefährlicher Entwicklungen.

1987 wurde nicht nur der sogenannte Brundtland-Bericht veröffentlicht (benannt nach der damaligen Vorsitzenden der World Commission on Environment and Development, Gro Harlem Brundtland, welche den Bericht »Our Common Future« herausgab), in dem ein für viele Jahre gültiges Verständnis nachhaltiger Entwicklung formuliert wurde: »Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs« (World Commission on Environment and Development 1987); es wurde auch das »Ein-Grad-Ziel« festgelegt.

Der erste Sachstandsbericht des IPCC, der 1990 veröffentlicht wurde, stellte einen natürlichen Treibhauseffekt fest und konstatierte, dass der

»How dare you!«: Die junge Schwedin Greta Thunberg hielt auf dem Weltklimagipfel 2019 in Madrid eine sehr emotionale Rede. Sie sprach im Namen der jungen Generation, die sich in einer weltweiten Protestbewegung engagiert.

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

- In den 1970er Jahren wuchs der Konsens darüber, dass die zunehmende Konzentration von CO₂ zur Erderwärmung führt.
- Aus der ersten Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen im Jahr 1979 ging das Weltklimaforschungsprogramm hervor, 1988 wurde das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) ins Leben gerufen, das Informationen über den Klimawandel bereitstellt und Empfehlungen abgibt.
- Die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro gilt als Meilenstein, insbesondere wegen der Klimarahmenkonvention, auf die man sich hier einigte.
- Die UN-Klimakonferenz (auch (Welt-) Klimagipfel oder Welt-Klimakonferenz) ist die seit 1995 jährlich stattfindende Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention. Hier wurde lange nach einem völkerrechtlich verbindlichen Instrument der Klimaschutzpolitik gesucht, um das Kyoto-Protokoll von 1997 abzulösen. 2015 wurde in Paris beschlossen, dass der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 2 Grad Celsius beschränkt wird. Sanktionen sind nicht vorgesehen.
- Die lauteste und bislang deutlichste Kritik kommt seit 2019 von der Jugend der Welt. Die Protestbewegung »Fridays for Future« fordert mit großer Heftigkeit, die Bedrohung endlich ernst zu nehmen und zu handeln.

Mensch die Konzentration einiger Treibhausgase erhöhe, was zu einer globalen Temperaturerhöhung führen werde. Im zweiten Sachstandsbericht (1996) heißt es bereits, dass der Mensch einen »merklichen Einfluss« auf das globale Klima des 20. Jahrhunderts habe. Als international geltende Grenze für einen gerade noch akzeptablen Klimawandel wurde daraufhin das »Zwei-Grad-Ziel« formuliert. Das »Zwei-Grad-Ziel« basiert auf der Annahme, dass bei Überschreiten einer globalen Erwärmung um zwei Grad Kippunkte (*tipping points*) erreicht würden, die unumkehrbare und in ihren Konsequenzen kaum einschätzbare negative Folgen nach sich ziehen würden.

Vom »merklichen Einfluss« zum Anthropozän

2001 erschien der dritte Sachstandsbericht des IPCC, der »deutliche Hinweise« fand, dass der Mensch das Klima der Erde verändert. Im Jahr 2008 schließlich rief die Geological Society of London das »Anthropozän« aus, da mittlerweile genügend Argumente dafür vorlagen, dass der Mensch einen neuen stratigrafischen Abschnitt eingeleitet hat. Der Mensch wird nun als der Faktor, der die Erde vorrangig prägt, angesehen. Im vierten Sachstandsbericht des IPCC von 2007 werden als haupt-

sächliche Ursache der Erderwärmung die vom Menschen verursachten Emissionen von Treibhausgasen angegeben – die Wahrscheinlichkeit hierfür wird mit 90 Prozent als »sehr wahrscheinlich« eingeschätzt. Im fünften und bislang letzten Sachstandsbericht des IPCC (2013/2014) wurden die Unsicherheiten in Bezug auf den Einfluss des Menschen auf das Klima noch einmal verringert. So heißt es jetzt darin, dass es »extrem wahrscheinlich« sei, dass der Mensch der Hauptgrund für die beobachtete globale Erwärmung seit 1950 ist.

Die Vereinten Nationen trafen sich u. a. 1992 in Rio de Janeiro. Dort wurde auch die sogenannte Klimarahmenkonvention unterzeichnet. Als Ziel wurde festgelegt: »... die Stabilisierung

der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre auf einem Niveau zu erreichen, auf dem eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems verhindert wird. Ein solches Niveau sollte innerhalb eines Zeitraums erreicht werden, der ausreicht, damit sich die Ökosysteme auf natürliche Weise den Klimaänderungen anpassen können, die Nahrungsmittelerzeugung nicht bedroht wird und die wirtschaftliche Entwicklung auf nachhaltige Weise fortgeführt werden kann.« (Klimarahmenkonvention, Artikel 2)

Emissionsrechte: Handel statt Reduktion

Auf jährlich stattfindenden UN-Klimakonferenzen sollte der Weg zur Erreichung dieses Ziels festgelegt werden. So wurde 1997 im »Kyoto-Protokoll« das Instrument des Emissionsrecht-handels eingeführt. Dieses marktorientierte Instrument legt für bestimmte Regionen Obergrenzen für bestimmte Emissionen fest und verteilt Umweltzertifikate. Diese Zertifikate können gehandelt werden, und so kam es, dass viele Industrieländer des globalen Nordens Zertifikate von Ländern des globalen Südens erwarben, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation weniger Treibhausgase emittierten.

Danach fanden (und finden bis heute) weitere UN-Konferenzen statt, die in der Regel zum Ziel haben, Strategien dafür zu entwickeln, wie mit bislang nicht erreichten globalen Zielen im Umwelt- und Klimaschutz sowie mit neuen globalen Herausforderungen (Ozonloch, rapider Rückgang der Bio-Diversität, Folgen des Klimawandels) umzugehen sei.

Die auf der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 2012 getroffenen Vereinbarungen betonen noch einmal den vereinten Kampf gegen die Armut, die Anerkennung und Bestätigung der Rio-Richtlinien und bereits bestehender Umwelt- und Nachhaltigkeitsstrategien sowie die Entwicklung einer Wirtschaft basierend auf nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung (*Green Economy*). Vor allem an der Idee »Grünen Wachstums« gab es immer wieder Kritik, so z. B. durch den Ökonomen Alberto Acosta, der das Modell einer Green Economy als »grüne Fassade« (die grüne Farbe dafür komme von US-Dollar-Scheinen) bezeichnete. Angesichts des ungebremsten Klimawandels und einer Milliarde hungernder Menschen sei ein Paradigmenwechsel dringend notwendig, und den habe Rio keinesfalls eingeleitet. (Vgl. https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/weltgipfel_rio_20_rio_de_janeiro_2012_1419.html (Zugriff: 14. Juni 2020))

Auf der UN-Konferenz 2015 in New York wurden die sogenannten *Sustainable Development Goals* (SDGs) der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Sie gelten seither als *die* globalen Ziele, auf die sich die



Seit 1995 findet an jährlich wechselnden Orten die UN-Klimakonferenz statt. Bei der Konferenz in Paris 2015 wurde eine globale Post-Kyoto-Regelung beschlossen, an die viele nach dem Scheitern der Konferenz in Kopenhagen 2009 nicht mehr geglaubt hatten.

Völkergemeinschaft verständigt hat, um den Klimawandel abzuschwächen und Armut und Ungleichheit zu bekämpfen. »While the SDGs are not legally binding, governments are expected to take ownership and establish national frameworks for the achievement of the 17 Goals. Countries have the primary responsibility for follow-up and review of the progress made in implementing the Goals, which will require quality, accessible and timely data collection. Regional follow-up and review will be based on national-level analyses and contribute to follow-up and review at the global level.« (vgl. <http://www.un.org/sustainabledevelopment/development-agenda> (Zugriff: 14. Juni 2020))

Das Ziel Nr. 13 beinhaltet Sofortmaßnahmen, um den Klimawandel und seine Folgen zu bekämpfen.

Klimaziele ohne Sanktionierung

Im selben Jahr fand in Paris die Klimakonferenz der Vereinten Nationen statt. Die 197 teilnehmenden Staaten einigten sich auf ein neues Klimaabkommen, welches 2016 in Kraft trat. Es wurde das Ziel formuliert, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur (ab Beginn der Industrialisierung) unter 2 Grad Celsius zu hal-



Vehementer Protest kommt seit 2019 von der Jugend der Welt. Die Bewegung »Fridays for Future« fordert die Politik mit viel Nachdruck und Ausdauer dazu auf, die Erkenntnisse der Wissenschaft endlich ernstzunehmen.

Literatur

Hackfort, Sarah. 2014. Für eine Feministische Politische Ökologie des Klimawandels – Überlegungen zu einer erweiterten Analyseperspektive auf Geschlecht und Anpassung. In Prokla, 44/174: 93-109

ten, ja ihn möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Jeder teilnehmende Staat beschloss infolge eigene »intended nationally determined contributions (INDC)«, die festlegten, wie stark die Treibhausgasemissionen bis 2025/2030 reduziert (Industrieländer) bzw. deren Anstieg begrenzt werden sollte (Schwellenländer/globaler Süden). Die Verletzung dieser Ziele v.a. aufgrund unzureichender Investitionen in die Förderung erneuerbarer Energien wird von der Völkergemeinschaft nicht sanktioniert. Die aktuellen Klimasimulationen legen auch für das 21. Jahrhundert einen globalen Temperaturanstieg von zwischen 2,5 bis 5,5 Grad Celsius nahe.

Kritik an der bislang verfehlten Klimapolitik der Vereinten Nationen gibt es von vielen Seiten. So argumentieren Vertreterinnen und Vertreter des Ökofeminismus, dass genderspezifische Folgen des Klimawandels kaum in den Blick genommen würden, und fordern u. a. eine stärkere Partizipation von Frauen an den internationalen Verhandlungen (u. a. Hackfort, 2014). Die lauteste und bislang deutlichste Kritik kommt 2019 von der Jugend der Welt. Die Pro-

testbewegung »Fridays for Future« gründet sich. Konrad Götz vom Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt schreibt in einem Beitrag für die taz am 19. Januar 2020: »Der eigentliche Erfolg der Bewegung ist, dass sie einen überraschenden neuen Diskurs über das Thema Klimaschutz in Gang bringt. Es wird neu durchdacht. Das Problem, das seit dem Bericht des Club of Rome 1972, also seit 45 Jahren, bekannt ist, erfährt eine neue, verblüffende Dringlichkeit. Der unmittelbare Bezug auf die Menschheit, auf die junge Generation selbst ist neu. Und das ist die Quelle ihrer Wucht. In der »How dare you«-Rede, »Wie könnt Ihr es wagen«, sagt Greta Thunberg: »Menschen leiden, Menschen sterben, ganze Ökosysteme brechen zusammen, wir stehen am Beginn eines Massensterbens.«« Dabei rekurriert die Bewegung auf die Wissenschaft und fordert, deren Erkenntnisse ernst zu nehmen und konsequent zu handeln. Welche Schlüsse die Politik zieht, die sich – zumindest in Teilen – durchaus beeindruckt zeigt vom Vorgehen der Jugend, muss die Zukunft zeigen. Viel Zeit bleibt ihr nicht. ●



Vor Gericht: DIE DEUTSCHE KLIMAPOLITIK

Was, wenn die Leidtragenden des Klimawandels die Verantwortlichen in der Politik zur Rechenschaft ziehen? Wenn 31 Staaten des globalen Südens die Bundesrepublik Deutschland verklagen? Dieses Szenario, ins Jahr 2034 projiziert, gibt den Rahmen ab für das ARD-Drama »Ökozid«, das während der Themenwoche »Wie leben?« ausgestrahlt wird. Das Gerichts-drama, in das umfangreiche Rechercheergebnisse eingeflossen sind, zeigt das folgenreiche Dilemma, in dem sich die Industrienationen sehen: Politiker, die für ihre Wiederwahl auf eine florierende Wirtschaft angewiesen sind oder zu sein glauben, treffen falsche Entscheidungen oder schieben es immer weiter hinaus, die

richtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. Im Jahr 2034, in naher Zukunft also, sind die Folgen dieses Handelns oder Nichthandelns noch greifbarer als heute – vor allem in den ärmeren Ländern der Erde. Gemeinsam wollen diese einen Präzedenzfall schaffen, indem sie die deutsche Politik vor den internationalen Gerichtshof für Menschenrechte stellen. Dort kommen die existenziell Betroffenen ebenso zu Wort wie die verantwortlichen Handlungsträger aus Wirtschaft und Politik, selbst »Altkanzlerin« Angela Merkel, und am Ende muss das Gericht darüber befinden, ob es die Klage zulässt und damit einen Präzedenzfall für eine Flut von Prozessen und Entschädigungsforderungen

schaft. Die TV-Produktion mit namhaften Darstellern wie Edgar Selge als Vorsitzender Richter (linkes Bild, Mitte), Ulrich Tukur als Verteidiger und Nina Kunzendorf (rechtes Bild, im Vordergrund rechts) als Klägeranwältin war ursprünglich als Filmdokumentation geplant, als Rückblick auf die deutsche Klimapolitik der vergangenen Jahrzehnte. Doch dann nahmen die Ereignisse so sehr an Fahrt auf, dass das Projekt mit der Realität nicht mehr Schritt halten konnte – und man sich darauf verlegt hat, die Handlung in die Zukunft zu verlagern und von dort aus Rückschau zu halten auf die heutige Debatte. Eine durchaus gewagte Herangehensweise, aber manchmal sieht man aus der Distanz ja klarer. Anke Sauter